Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2013 Nr. 05 · 9. Jahrgang

„Kaiser's" kommt in die Waldstadt

Konsequente Unterstützung durch DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung

Im September 2011 war der Edeka-Supermarkt am Teufelssee in der Waldstadt II geschlossen worden. Ursprünglich sollte die Kaufhalle ersatzlos gestrichen werden. Das brachte den Protest der BürgerInnen aufs Tapet. Eine Bürgerinitiative „Pro Nahversorgung Zum Teufelssee 8" sammelte Unterschriften gegen die Streichung, ging in die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Forderungen in Sachen Erhalt der Einrichtung. An ihrer Seite naturgemäß die Fraktion DIE LINKE. Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Scharfenberg kümmerte sich persönlich um eine Lösung des Problems. Durch seine Vermittlung hatte bekanntlich die Firma „KAISER'S" Interesse bekundet. Die wirtschaftlich vertretbare Lösung heißt: Die Firmen Semmelhaak und Kaiser's sind sich einig über die Einrichtung einer Kaufhalle im Erdgeschoss des neu zu errichtenden Wohngebäudes auf dem Grundstück der geschlossenen Kaufhalle.



Scharfenberg zufolge könnte der dringend erwartete Kaiser's-Markt „im späten Frühjahr 2014" eröffnen. Die Ansiedlung des Kaiser's-Marktes zeige, so Scharfenberg, „dass die Nahversorgungsprobleme lösbar sind". „Ich hoffe auf eine zügige Bearbeitung des Bauantrages durch die Verwaltung", so Scharfenberg. Zügig fand im verschneiten Frühjahr der Abriss der alten Halle statt (FOTO). Nun bauen die Waldstädter darauf, dass sie „in absehbarer Zeit wieder eine Verkaufseinrichtung in ihrer Nähe und weitere Wohnungen haben", betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. –bm

Mehr aus und über Waldstadt/Schlaatz auf den Seiten 6 – 8.

LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61

1. Mai: Unser Tag für Gute Arbeit, sichere Renten und ein soziales Europa

Der 1. Mai ist mehr als Bratwurst, Familienfest und SPD. Er ist auch mehr als eine Kostümparty im Revolutionsmuseum. Der 1. Mai ist Kampftag. An ihm kommen jedes Jahr Hundertausende zu den Kundgebungen der Gewerkschaften, um für ihre sozialen Rechte zu protestieren. Und Anlässe dafür gibt es genug.

Vor kurzem haben die Arbeitgeber die Tarif- und Manteltarifverträge im Einzelhandel gekündigt – ein einzigartiger Angriff auf die Rechte der Beschäftigten. Der perfide Wettbewerb im Einzelhandel, der vor allem über Schleuderpreise funktioniert, soll auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Ihnen wollen die Arbeitgeber längst erkämpfte Rechte wie Urlaubs- und Freistellungsregelungen oder den Schutz vor Mehrarbeit und Überstunden aufkündigen. DIE LINKE ist solidarisch mit den fast 3 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel!



Viele Beschäftigte, nicht nur im Einzelhandel, fallen aber schon längst nicht mehr unter den Schutz von Tarifverträgen, weil die Flucht der Arbeitgeber aus den Tarifgemeinschaften seit 20 Jahren ungebrochen ist. An Stelle regulärer, tariflich bezahlter Beschäftigung treten allerorten Leiharbeit, Werksarbeitsverträge, Minijobs. Sie drücken die Löhne und zwingen Menschen zu Hartz IV-Aufstockerleistungen. Sie sorgen später für Minirenten.

DIE LINKE will die Eindämmung dieser atypischen Beschäftigung. Wir wollen ein Verbot der Leiharbeit und dem Missbrauch von Werkverträgen z.B. im Einzelhandel und der Lebensmittelindustrie einen Riegel vorschieben.

Nach von den DGB-Gewerkschaften geschlossenen Tarifverträgen beziehen über 22% der Betroffenen Löhne von unter 10 € die Stunde, 11% noch weniger als 8,50 €/Stunde. Weil jeder Lohn 10 €/Stunde zur späterer Altersarmut führt, wollen wir den gesetzlichen allgemeinen Mindestlohn von 10 €/Stunde. DIE LINKE kämpft am 1. Mai und allen anderen 364 Tagen eines Jahres, in Wahljahren und Jahren ohne Wahlen für diesen Mindestlohn. Sie ist das soziale Original und der verlässlichste parlamentarische Partner der Gewerkschaften und Beschäftigten.

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 1.Mai 2013 – Gute Arbeit. Sichere Renten. Soziales Europa/Wahlk(r)ampf der SPD



LINKS IM RATHAUS

5 Sicherung für dass „Archiv"?/Begrüßungsgeld für Studierende/DIE LINKE und die Hundesteuer

SCHWERPUNKT: WALDSTADT UND SCHLAATZ

6-8 Stand Kaufhallen Am Schlaatz und in Waldstadt II/"Sieben Raben" sicher gestellt/Neue Grundschule Am Schlaatz/Grundschule Waldstadt I feiert 50 Jahre etc.

ANTIFA

11 „Tag der Befreiung"/80 Jahre Bücherverbrennung/ Antifa-Bibliothek eröffnet im „freiLand"

Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere Juni-Ausgabe findet am Dienstag, 30. April 2013, ab 16.30 Uhr, in der Geschäftsstelle Dortustr. 53 (Atrium) statt. Inhaltliche Schwerpunkte sind für Juni Potsdam-Mitte/Nördliche Ortsteile. Redaktionsschluss ist am Freitag, 15. Mai 2013. Die Ausgabe der Junizeitung erfolgt ab dem 29. Mai.

Bitte vormerken:

Am 1. Juni ist Internationaler Kindertag.

Diesen Termin lässt DIE LINKE.Potsdam nicht an sich vorbei ziehen, ohne für unsere kleinen Potsdamer auf dem Weberplatz in Babelsberg von 14-18 Uhr, auch in diesem Jahr ein Kinderfest auszurichten. Das Hauptaugenmerk liegt natürlich auf dem Vergnügen der Kinder. So können sie u.a. auf Ponys reiten, Büchsen werfen und der SV Babelsberg 03 wird mit Sport und Spielen vor Ort sein. Für die großen Menschen wird die Band „TNT" die Musik zum Tanze spielen. Aber auch das leibliche Wohl soll nicht zu kurz kommen. So werden Grill-,Getränke-, sowie Kaffee- und Kuchenstände aufgebaut. Begleitet wird dies von lokalen PolitikerInnen der LINKEN und Vereinen aus dem Kiez. Wenn dann noch die Sonne scheint, steht einem tollen Fest zu Ehren unserer Kleinsten nichts mehr im Wege.

Michél Berlin
OV Babelsberg/Zentrum Ost

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten"
Die Linke◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS" erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.





Mehr als aktuell

Gedanken zum 195. Geburtstag von Karl Marx – 5. Mai 1818/Von Bernd Martin



Er war es, der sich Gedanken über den Wirkmechanismus des Kapitalismus gemacht hat - Karl Marx. In der Schule und später im Studium wurden wir mit ihm - wie ich es damals empfand - traktiert. Okay, ich fand seine Sichtweise auf das Leben, auf die Welt, auf die Natur, auf die Gesellschaft spannend und interessant. Da ich nicht religiös bin, kam mir der philosophische Materialismus sehr entgegen. Seine Arbeiten u.a. zum Mehrwert, den Klassen, fand ich recht einleuchtend. Dann wurden wir DDR-Bürger von Jetzt auf Gleich in die kapitalistische Wirklichkeit geworfen. Nichts galt mehr in unserem Leben. Unsere Biographien wurden entwertet, und wir wurden vielfach diskriminiert, es sei denn man/frau passte sich bis zu unserer Unkenntlichkeit in Sprache und Gestus dem Westen an. Und Karl Marx sollte plötzlich ein „Gestriger"sein... Meine Sache war das nicht.

Denn Marx ist nicht altmodisch. Nein, er ist mehr als aktuell. Hier im Kapitalismus läuft es geradezu bilderbuchmäßig genauso ab, wie wir es in der Schule/beim Studium gelernt haben. Und es läuft verschärft ab.

Die meisten Menschen in dieser Republik, in der EU, der Welt haben nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wenn der Unternehmer diese Ware nicht mehr will, dann sitzen sie mit ihrer schönen Arbeitskraft auf dem Trockenen und dürfen nach einem Jahr Arbeitslosengeld I, egal wie lange sie in diese Versicherungsleistung eingezahlt haben oder auch nicht, sich mit den Mitarbeitern des Jobcenters für Arbeitslosengeld II abquälen. Vorher müssen sie noch ihre Menschenwürde abgeben.

Das Grundgesetz des Kapitalismus sagt, mal ganz flapsig ausgedrückt: Erzielung von Höchstprofiten. Karl Liebknecht sagte es recht volkstümlich: Das Grundgesetz im Kapitalismus heißt 'du oder ich', nicht 'du und ich'. Das wird von manchen Menschen vehement in das gestrige Zeitalter verwiesen. Dabei muss man nur hinschauen, um zu erkennen, dass es genauso war und ist. Die Agenda 2010 ist nichts anderes, als die Sicherung von Höchstprofiten für die deutsche Wirtschaft. Entweder ich konkurriere die Anderen zu Tode oder ich bin tot. Geradezu bilderbuchmäßig ist das anzusehen in den erodierenden Wirtschaftsleistungen der südeuropäischen Länder. Eine hochproduktive Wirtschaft mit Reallöhnen, die unter denen des Jahres 2000 liegen dank der Agenda 2010, hat fast ganz Europa in die Knie gezwungen. Karl Marx sagt: Die Arbeitskraft des Menschen wird zur Ware. Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft dem Besitzer des Bodens, der Fabriken, der Arbeitsmittel. Einen Teil des Arbeitstages verwendet der Arbeiter darauf, die zu seinem und seiner Familie Unterhalt notwendigen Ausgaben zu decken (Arbeitslohn), den anderen Teil des Tages jedoch arbeitet der Arbeiter unentgeltlich; er schafft den Mehrwert für den Kapitalisten, die Quelle des Profits, die Quelle des Reichtums der Kapitalistenklasse.

*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden **interpretiert;** es kommt darauf an, sie zu **verändern.***
Karl Marx: Feuerbach-Thesen

Die Lehre vom Mehrwert ist der Grundpfeiler der ökonomischen Theorie von Marx. Heutzutage verkauft der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft sogar in weit höherem Maße unentgeltlich an den Kapitalisten, als noch vor einigen Jahren. Er erhält oft nicht mehr das, was zu seinem Erhalt und zum Erhalt der Familien notwendig ist. Im Gegenteil. Der Lohnarbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen muss, gibt den Kapitalisten noch einen Teil seines Lohnes, damit er überhaupt bei ihm arbeiten darf.

Das ist verrückt. Wie anders sind sonst Aufstocker zu verstehen. Verschleiernd wird immer gesagt, dass das Geld vom Jobcenter käme. Nur, woher bekommt das Jobcenter das Geld? Es sind unsere Steuermittel. Unsere Einkommenssteuern, unsere Verbrauchssteuern usw. usf. Wir, die wir unsere Arbeitskraft verkaufen müssen, subventionieren den Gewinn des Kapitalisten.

Denken wir einmal in aller Ruhe darüber nach und fragen uns: Wieso gestatten wir das dem Kapitalisten? Wieso lassen wir uns alle erkämpften Errungenschaften so sang- und klanglos wieder wegnehmen? Wieso kuschen wir immer nur vor allen, die uns in die Armut und Abhängigkeit treiben wollen?



Wahlk(r)ampf der SPD – weiter im Pannen-Takt

SPD, Steinbrück, Wahlkampf 2013 – irgendwie ist da kein Segen drin. Mit dem Wahlkampfslogan geht es im alten Pannentakt weiter: „Das Wir entscheidet" – kein schlechter Slogan, aber dass er ausgerechnet auch von der Leiharbeitsfirma „propartner" genutzt wird, ist schon etwas peinlich, denn die viel kritisierten Hartz-Reformen führten zu einem Boom dieser umstrittenen Branche. Wie heißt es doch so schön? Erst hatte die SPD kein Glück, und dann kam das Pech dazu...

Der aktuelle Wahlkampfslogan der SPD klingt schick, keine Frage. Ein kerniges „Das Wir entscheidet" hatte Peer Steinbrück auf Twitter angekündigt. Und ist damit mal wieder gegen die Wand gefahren. Ausgerechnet eine Leiharbeitsfirma! Sind doch die Zeitarbeitsunternehmen maßgeblich daran beteiligt, dass sich niedrige Löhne in Deutschland immer weiter ausgebreitet haben und dies weiterhin tun. Die SPD hat sich auf die Fahne geschrieben, einen Mindestlohn zu installieren, sobald sie gewählt worden ist. Doch davon ist sie meilenweit entfernt.

Selbst wenn der Slogan nicht abgeschrieben worden wäre, seine Wirkung konnte er spontan nicht entfalten, zumindest nicht im Sinne der SPD. Auf Twitter fragten besorgte User, wer denn „Wir" überhaupt sei. Ein anderer twitterte: „Puh, ich dachte schon etwas mit Inhalt. Erleichterung." Erste Vorschläge für Variationen gibt es auch schon: „Das Bier entscheidet", „Die Gier entscheidet" oder „Das Wir entgleitet".

Was war das denn eigentlich jetzt, was Peer Steinbrück da gemacht hat? Wieder mal der dynamische Sprung in ein Fettnäpfchen? Eine Peinlichkeit? Eine Unachtsamkeit? Nur teilweise, denn auf die Ähnlichkeit mit dem Slogan der Aktion Mensch („Das Wir gewinnt!") ist Steinbrück schließlich gekommen. Selbstbewusst hatte er verkündet, dass das vorher geklärt worden sei, damit es keine Missklänge gebe. Steinbrück war also achtsam genug, ein wenig zu recherchieren. Aber eben nur ein wenig. Eine Peinlichkeit? Das ganz sicher.

Die Ironie der Sache wird deutlich, wenn man den Slogan der Zeitarbeitsfirma komplett liest. In ganzer Länge heißt es: „Das Wir entscheidet! Die flexible Personallösung." Die Personallösung der SPD hinsichtlich der Kanzlerkandidatur kann ebenfalls als flexibel bezeichnet werden. Vielleicht ein bisschen zu flexibel...

red/bm

Geschichte des 1. Mai:

Vom Kampftag zum Feiertag

Weil der 1. Mai in den USA als Stichtag für den Abschluss oder die Aufhebung von Verträgen galt, planten die Gewerkschaften für den 1. Mai 1886 einen mehrtägigen Generalstreik für den Acht-Stunden-Tag; bis dahin waren die Arbeitstage 10 bis 13 Stunden lang. Rund 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben traten in den Streik. In Chicago endete ein Bombenattentat für sieben Polizisten tödlich, vier Arbeiterführer wurden ohne Schuldbeweis gehenkt.

Ab 1890 fanden dann international Streiks und Kundgebungen statt. Obwohl deutsche Unternehmer mit Entlassungen drohten, beteiligten sich etwa 100.000 Arbeiter an Streiks und „Maispaziergängen"; in Hamburg kam es zu einem erbitterten Arbeitskampf mit zeitweise 20.000 Beteiligten. Sie setzten das Koalitionsrecht durch, aber es blieb bei zehn Stunden Regelarbeitszeit. Ein „Nebenprodukt" war die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die SPD beschloss 1890, den 1. Mai als dauerhaften „Feiertag der Arbeiter" einzuführen. Eine wechselvolle Entwicklung begann: Die Kommunisten betonten den Kampfcharakter, die Sozialdemokraten begingen ihn als Festtag. Der „Blutmai" 1929 kostete 28 Menschen das Leben. Hitler benutzte ihn als „Feiertag der nationalen Arbeit". Nach 1945 präsentierte die DDR am staatlichen Feiertag stolz wirtschaftliche Erfolge, während im Westen der DGB die politischen Kundgebungen stärker kulturell akzentuierte. Die Mobilisierung gelang immer weniger – bis die deutsche Einheit einen Boom bescherte. Auch die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft wird auf Symbole nicht verzichten können.

(Quelle: DGB)

Preußenprinz wirbt für die „Idee des Führers“

Mai 1933

In Anwesenheit von Prinz August Wilhelm von Preußen wird am 22. Mai an der STABILA/Kadettenanstalt Potsdam die Gaufahne der nationalsozialistischen Schülerschaft übergeben. Der Preußenprinz: „Der nationalsozialistische Schülerbund der Anstalt hat tapfer gekämpft, seine Mitglieder seien Vorbilder gewesen. Er könne es verstehen, dass in diesem Augenblick, da der Bund sich auflöse, ein Gefühl der Wehmut aufsteige. Dieses Gefühl solle man aber nicht aufkommen lassen, sondern weiter arbeiten und werben für die Idee des Führers. Stets müsse man bereit sein, für dieses Symbol das letzte einzusetzen; denn der Kampf sei noch nicht vorüber, man sei noch nicht am Ziel...“ („Potsdamer Tageszeitung“, 22. 05. 1933)

Ossietzky wird Opfer der Nazischergen

Mai 1938

Vor 75 Jahren, am 4. Mai 1938, stirbt der Herausgeber einer der wichtigsten Zeitschriften der Weimarer Republik, der „Weltbühne“. Carl von Ossietzky stirbt nicht im KZ sondern in einem Berliner Krankenhaus. Dennoch ist er ein direktes Opfer der Nazischergen. Während drei Jahren KZ-Haft hatten sie ihn hungern lassen und gequält und schließlich alle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass er sich mit TBC infiziert und bald nach seiner bedingten Freilassung im November 1936 verstirbt (bis zuletzt ständig von der Gestapo bewacht). Das ist der vorläufige Sieg der Militär- und Nazikaste über einen ihrer genauesten Feinde.

Ab Januar 1927 ist Ossietzky leitender Redakteur der „Weltbühne“ – „unter Mitarbeit von Kurt Tucholsky“. Sofort gibt es den ersten Krach: „Beleidigung von Mannschaften und Offizieren des Kreuzers ‚Hamburg‘“ – 500 Mark Geldstrafe. Die „Weltbühne“ beweist die Verantwortung der Reichswehr für rechte „Fememorde“ und kassiert ein bzw. zwei Monate Gefängnis (Berthold Jacob und Ossietzky). 1928 kostet die Aufforderung an Linke, gegenüber dieser Justiz jede Mitarbeit zu verweigern, wieder 50 Mark Strafe.

Nach vielen Versuchen, der „Weltbühne“ juristisch beizukommen, gelingt es dem Reichswehrminister Wilhelm Groener 1929 endlich, für „Windiges aus der Luftfahrt“ von Walter Kreiser ein Verfahren wegen Landesverrats einzuleiten und Ossietzky 16 Monate aufzubrummen. Der inkriminierte Artikel zur „Luftfahrt“ belegt anhand öffentlicher Quellen, dass die Reichswehr seit Jahren den Versailler



Friedensvertrag bricht, durch heimliche Aufrüstung in Kooperation mit der Sowjetunion. Dann folgt das Verfahren gegen die berühmte „Soldaten sind Mörder!“-Glosse von Tucholsky im August 1931. Es endet mit Freispruch.

Ossietzky wird im Dezember 1932 nach 227 Tagen Haft wegen des »Luftfahrt«-Artikels aus dem Gefängnis entlassen und hat nur noch zwei Monate Leben in Freiheit vor sich. Das Land zu verlassen, lehnt er bis zuletzt mit der Begründung ab: Wenn alle fliehen, gibt es gar keinen Widerstand mehr. In der Nacht des Reichstagsbrandes am 28. Februar 1933 wird Ossietzky verhaftet und in verschiedenen KZ langsam zugrunde gerichtet. Ein internationaler Freundeskreis schafft es, dass Ossietzky 1936 den Friedensnobelpreis für 1935 erhält. Das reißt den Nazis im Olympiajahr die Maske weg, und schützt Ossietzky vor dem sofortigen Totgeschlagen-Werden, aber die letzten Monate seines Lebens verbringt er todkrank in quälender Armut, weil sein Anwalt und die Nazis ihm gemeinsam die Geldprämie von Nobel klauen, mieseste Gangster noch am Sterbebett.

Für die Einheit Deutschlands

Mai 1948

Der Rat der Stadt Potsdam schickt am 14. Mai 1948 ein Telegramm an den Senat der Hansestadt Lübeck; es hat folgenden Wortlauf: „Der Rat der Stadt Potsdam, zu einer Sondersitzung zum Volksbegehren heute zusammengetreten, sendet dem Senat der Hansestadt Lübeck über die Zonengrenzen hinweg Grüße. Wir fühlen uns eins mit allen Deutschen in Ost und West in dem Willen, unser Vaterland als einheitliches Ganzes zu erhalten. Helft alle mit, diesen Willen zu bekunden. Nur die Einheit Deutschlands gewährleistet eine glückliche Zukunft.“

Zuschauerkonferenz im Hans-Otto-Theater

Mai 1953

Das Hans-Otto-Theater Potsdam führt am 31. Mai seine 1. Zuschauerkonferenz durch. Die Volkskorrespondentin (VK) Maria Lotz schreibt in der „Märkischen Volksstimme“ über diese Konferenz: „Ich danke der Intendanz für diese Konferenz, in der auch wir Oberschüler Gelegenheit hatten, unsere Wünsche zu bringen und einen engen Kontakt mit den Künstlern zu schaffen. Zwanzig Bühnenschaffende leiten achtzehn dramaturgische Zirkel an und kommen in die Schulen, um uns vom Inhalt des zur Aufführung gelangenden Stückes zu unterrichten.“ *-rt*

Dem Ziel ein Stück näher?

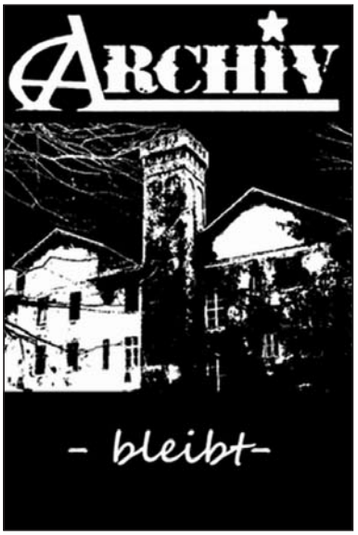
Sicherung des Standortes des Archiv e.V. in der Leipziger Straße 60

Bereits 2008 hat DIE LINKE einen Beschluss des Hauptausschusses herbeigeführt, nach dem das Gebäude in der Leipziger Straße 60 durch den Archiv e.V. weiter genutzt werden kann. Auf eine dauerhafte Nutzung wollte sich eine Mehrheit der Stadtverordneten jedoch nicht festlegen.

Die Verwaltung wurde beauftragt, in Abstimmung mit dem Verein bis Januar 2009 dafür ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Diesem Antrag folgten in Kontinuität weitere, die immer das Gleiche zum Ziel hatten: Erhalt dieses in seiner inhaltlichen Ausrichtung einmaligen, soziokulturellen Jugendzentrums.

Dass wir damit nicht alleine standen, beweist auch, dass in den Bürgerhaushalten 2012 und 2013/14 der Erhalt dieses Kulturstandortes auf den vorderen Plätzen der Liste der Bürgerinnen und Bürger platziert wurde. Trotz breiter öffentlicher Wertschätzung und Unterstützung der ausschließlich ehrenamtlich geführten Arbeit, trotz vieler öffentlicher Bekenntnisse zu dem Verein und für den Standort und des ungebrochenen Engagements der Vereinsmitglieder und deren Sympathisanten taten sich immer neue Schwierigkeiten auf, die der Verein ohne finanzielle Hilfe der Stadt definitiv nicht lösen kann. Schließlich mussten die Veranstaltungsräume wegen Brandschutzmängeln geschlossen werden. Das bedeutete Einnahmeausfälle und noch weniger finanziellen Spielraum für den Verein, um die vielen bauaufsichtlichen Auflagen erfüllen zu können.





Erst seit April dieses Jahres ist ein deutlicher Schritt auf dem viel zu langen Weg zur dauerhaften Sicherung des Standortes gegangen. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Verwaltung beauftragt, mit dem Verein in Verhandlungen zu einem Erbbaurechtsvertrag einzutreten und dafür auch die Rahmenbedingungen vorgegeben.

Dass sich die Mitglieder des Archiv e.V. erst einmal Bedenkzeit erbeten haben, ist verständlich, gehen sie doch mit dem Vertrag Verpflichtungen von enormer Tragweite ein.

DIE LINKE wird auch diesen Prozess aufmerksam begleiten. Das Archiv kann weiter auf unsere Unterstützung bauen.

Potsdam leistet sich kein Begrüßungsgeld für Studierende mehr

Am 03. April 2013 haben 19 Stadtverordnete beschlossen, dass die Stadt Potsdam das kommunale Begrüßungsgeld für Studierende letztmalig für das Sommersemester zahlt. 16 Stadtverordnete stimmten dagegen; die der LINKEN geschlossen.

Das verwundert umso weniger, wenn man weiß, dass die Initiative für die Einführung des Begrüßungsgeldes 2001 für Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Potsdam nehmen, von unserer Fraktion ausging.

Es wurde eine Richtlinie zur Gewährung des Begrüßungsgeldes erlassen.

13 Jahre später ist eine Mehrheit der Stadtverordneten offenbar der Meinung, dass junge Leute nicht mehr über diesen Weg motiviert werden müssen, nach Potsdam zu ziehen. Dass damit Schlüsselzuweisungen vom Land wegfallen, nehmen sie dabei in Kauf.

Zwischen 1.800 Studierende (zum Sommersemester) und 2.400 (zum Wintersemester) haben diesen Anreiz von 50,- € pro Semester in Anspruch genommen.

Die Begründungen derer, die das Begrüßungsgeld abgeschafft haben, sind mehr als fragwürdig. Sie reichen von: Die Effekte der Zahlung sind nicht nachweisbar bis: Das Begrüßungsgeld wurde eingeführt, als die Einwohnerzahlen in Potsdam rückläufig waren und die Studenten mit Hauptwohnsitz in der Stadt für die Erhöhung der Pro-Kopf-Zuweisungen vom Land gebraucht wurden.

Der tatsächliche Grund besteht aber darin, dass die Stadt so jährlich 240 T € spart. Aus unserer Sicht ein weiteres Beispiel für Sparen an der falschen Stelle

Inzwischen wächst Potsdam stetig vor allem durch Zuzüge von Familien, die Stadt ist als Wohn- und Arbeitsort attraktiver geworden. Studierende werden offenbar nicht mehr gebraucht. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass es in Potsdam sowieso kaum noch bezahlbaren Wohnraum und zu wenig Wohnheimplätze für Studenten gibt. Das zu dem Thema: Potsdam als Hochschul- und Wissenschaftsstandort!

Jetzt dürfen wir alle gespannt sein, wie das von der Verwaltung angekündigte Begrüßungsgutscheinheft aussehen und ab wann es zur Verfügung gestellt wird.

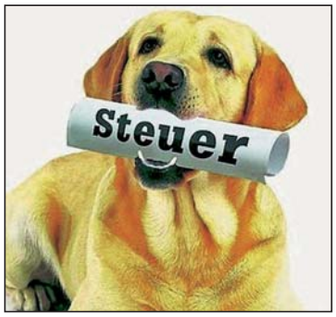
DIE LINKE und die Hunde(steuer)

Man mag es kaum glauben: Die beabsichtigte Änderung der Hundesteuersatzung hat in der Fraktion einige Diskussionen hervorgerufen. Die Meinungen reichten von: Das ist in Ordnung bis: Das geht gar nicht. Es ging vor allem um die Steuererhöhung für den ersten Hund von jetzt 84,- auf künftig 108,- €.

Unter dem Gesichtspunkt, dass für viele ältere und alleinstehende Menschen ihr Hund ein Gefährte ist, um den sie sich kümmern können, mit dem sie in Bewegung bleiben und unter Menschen kommen, wurde dieser Anstieg als hoch bewertet.

Aus diesem Gedanken heraus entstand die Einschätzung, dass auch die neue Satzung keine „Härtefallklausel" enthält.

Am Ende der geführten Debatten standen aber konkrete Ergebnisse. Die Fraktion beantragte 1. Den Steuersatz für den ersten Hund auf 96 € festzusetzen und 2. eine Härtefallklausel in die Satzung aufzunehmen. Der Punkt 1



unseres Antrages wurde abgelehnt. Zum Punkt 2 wurde im § 5 ein Absatz 4 neu in die Satzung aufgenommen, der in feinstem Satzungsdeutsch lautet: Für Hunde, die von Personen gehalten werden, die Leistungen nach dem Kapitel 3 Abschnitt 2 des SGB II und dem dritten bzw. vierten Kapitel des SGB XIII sowie auch solche Personen, die diesen einkommensmäßig gleichstehen, gehalten werden, ist die Steuer auf Antrag für den ersten gehaltenen Hund um ein Viertel des Steuersatzes nach § 3 Abs. 1 a zu ermäßigen. Mit anderen Worten: Einkommensschwache Hundebesitzer brauchen auf Antrag nur 81 € für ihren ersten Hund pro Jahr zahlen. Das liegt mit 3 € unter dem bisher gültigen Steuersatz.

Die „Sieben Raben“ aus Waldstadt II

Die Waldstadt heißt so, weil sie eben in ein Waldgebiet hinein gebaut wurde. Im Jahre 1987 war es, da wurde in diese Ravensberge in der Waldstadt II vor der dort aufgebauten Kaufhalle eine Sandstein-Plastik aufgestellt. Geschaffen hatten den „Sieben-Raben-Brunnen“ Rudolph Böhm und Walter Rentzsch. Die Künstler hatten aber nicht die Ravensberge sondern das Märchen von den „Sieben Raben“ im Auge. Dieses Märchen von den Brüdern Grimm zeigt, wie aus einem Schuldgefühl heraus durch mutiges und beharrliches Handeln die Geschichte doch noch ein gutes Ende nimmt. Im Märchen bürdet sich ein kleines Mädchen Schuld auf, die nicht seine eigene ist, sondern die ihrer sieben Brüder. Sie lässt fremde Schuld also nicht einfach stehen, sondern übernimmt Verantwortung, das Geschehen wieder rückgängig zu machen. So die Moral von der Geschichte.



Im Zusammenhang mit den Abrissarbeiten der alten Edeka-Kaufhalle wurde nunmehr das Kunstwerk gesichert und von der Baudenkmalpflege Roland Schulze zwischengelagert, bis ein neuer Standort festgelegt wird. Nun kann man nur hoffen, dass diese Aktion/Geschichte ein gutes Ende findet... *-bm*

Stadtverordnete sollen Tafel-Finanzierung absichern

Die Ausgabestelle der Potsdamer Tafel am Schlaatz wurde am 20. September 2012 geschlossen. Der Vorstand der Tafel hatte sich zu diesem Schritt entschlossen. Die Situation an der Ausgabestelle war nicht mehr beherrschbar. Maria Conze vom Tafel-Vorstand erklärte dazu: „Es gibt einfach zu wenig Raum und zu wenig Zeit, um die Bedürftigen adäquat mit den gesammelten Lebensmitteln zu versorgen.“ Frust auf Seiten der Kunden und Mitarbeiter, sogar „Rangeleien“ waren an der Tagesordnung. Die Schließung führte jedoch zwangsläufig zu einer Minderversorgung der bedürftigen Menschen und verstärkte den Ansturm auf die beiden anderen Tafel-Stationen. „Wir wollen aber keine dauerhafte Schließung und suchen nun gemeinsam mit der Stadt und den Kirchen nach einer Lösung“, so Conze.

Unmittelbar nach der überraschenden Schließung der Ausgabestelle der Potsdamer Tafel am Schlaatz hat die Linksfraktion die Unterstützung des Oberbürgermeisters für eine neue Ausgabestelle eingefordert. „Unser Vorschlag, dafür die Räume des Cafés am Bürgerhaus am Schlaatz zur Verfügung zu stellen, stieß anfänglich auf großes Interesse beim Oberbürgermeister, so dass in den Zeitungen sogar der Eindruck entstand, es sei sein eigener Vorschlag gewesen. „Wir haben diesem Anliegen Nachdruck verliehen, indem wir einen entsprechenden Antrag für die Novembersitzung 2012 der Stadtverordnetenversammlung einbrachten“, so Hans-Jürgen Scharfenberg.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund und sicher auch, weil die benachbarte Weidenhof-Schule Interesse an der Nutzung des Cafés als Raum fur die Schülerspeisung signalisierte, hat die Verwaltung alternativ vorgeschlagen, ein Gebäude der EWP in der Drewitzer Straße (FOTO) als dauerhaftes Quartier für die Tafel zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich hierbei um 250 qm Fläche in einem guten Zustand. Das ermöglicht, hier nicht nur eine Ausgabestelle, sondern endlich auch das Lager für die der Tafel zur Verfügung gestellten Lebensmittel einzurichten. Ziel war es, möglichst ab Anfang 2013 die Tafel hier einziehen zu lassen. Doch daraus wurde nichts. Im Mai sollte es nun losgehen. Doch da kam ein neues Problem: Die feste Zusage der Mietübernahme durch die Stadt sollte in einer Sondervereinbarung plötzlich von Fördermittelanträgen abgelöst werden.

Demnach hätte die Tafel die Übernahme der Mietkosten von monatlich 2150 Euro in jedem Jahr neu beantragen müssen – mit unsicherem Ausgang der Bewilligung. „Das ist für uns überhaupt nicht hinnehmbar“, so die Tafel. „Es war von der Stadt immer so kommuniziert worden, dass die Finanzierung absolut sicher ist... Wir sind wirklich verärgert, dass die Übernahme der Miete plötzlich so unklar ist.“

Nur wenn Planungssicherheit bestehe, könne die Tafel den Mietvertrag unterschreiben und in das Objekt zwischen Bernhard-Kellermann- und Friedrich-Wolf-Straße investieren.

In der Frage um die Mietkosten für die neue Lebensmittelausgabestelle der Potsdamer Tafel strebt die Stadt nach dem Protest des Vereins nun eine langfristige Lösung an: Das Rathaus will dem Tafel-Verein die Übernahme der Mietkosten für die kommenden zehn Jahre vertraglich zusichern. Über einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag soll das Stadtparlament auf der Maisitzung entscheiden. Mit dem neuen Vorgehen reagiert das Rathaus auf Kritik vom Tafel-Verein: Man habe das Sicherheitsbedürfnis des Vereins, der praktisch keine eigenen Einnahmen hat, falsch eingeschätzt.

Bei der Tafel ist man mit dem Angebot zufrieden: „Das entspricht genau unseren Vorstellungen und ist die Grundlage, die wir brauchen. Dann steht der Eröffnung nichts mehr im Wege.“ DIE LINKE steht dabei nach wie vor an der Seite der Potsdamer Tafel.



Krötenschutz sollte selbstverständlich sein

Erstmals wurde am 06.und 07.April 2013 an der Templiner Strasse ein 700 Meter langer Zaun zum Schutz der Kröten aufgestellt. Ohne diesen Zaun würden hunderte Kröten duch den starken Autoverkehr auf dieser Strasse getötet werden. Fleißige ehrenamtliche Helfer vom Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V., den Veganern in Potsdam und vom Nabu packten mit an.

An milderen und feuchten Nächten machen sich derzeit viele hundert Kröten vom Wald auf den Weg zum Wasser. Doch nun werden sie durch den Zaun zu Eimern geführt in denen sie von den Betreuern sicher zum Wasser gebracht werden. Bis zum Sonntagmorgen konnten schon 925 Erdkröten vor dem sicheren Tod gerettet werden.

Für die Rückwanderung, die ca. zwei Wochen nach der Hinwanderung einsetzt, muss auf der Wasserseite ebenfalls ein Zaun aufgestellt werden. Hierfür werden noch Helfer benötigt. Mit ca. 25 Leuten ist die Aktion in 8 Stunden zu schaffen.

Neben dem nützlichen Aspekt für die Natur tut man dabei seiner Seele und seinem Körper etwas Gutes, denn die körperliche Bewegung an der frischen Luft bei Sonnenschein ist nach dem langen Winter ein wahres Wundermittel.

Wer gerne dabei mitwirken und einen wichtigen Beitrag für die kleinen, schützenswerten Lebewesen in der Natur leisten möchte, kann sich melden bei: Anke Drohla 0171-7258873.

Unser Wunsch ist es natürlich, dass der hoffendlich baldige Bau einer neuen Verbindungsstrasse zwischen Potsdam und Caputh auch Krötentunnel in die Strasse integriert werden, denn bei dieser kraft- und zeitraubenden Aktion bringen sich alle Krötenretter täglich in Lebensgefahr, weil die meisten Autofahrer trotz aufgestelltem 30 km/h-Schild, Warnwesten und Warnkegeln an den Helfern vorbeirasen.

Anke Drohla

Neues Leben am Schilfhof

Zum Schuljahresbeginn 2013/14 öffnet endlich die neue Gesamtschule am Schlaatz



Dichtes Gedränge herrschte Mitte Januar im künftigen Physikraum der neuen Gesamtschule am Schlaatz zum improvisierten Tag der offenen Tür. Momentan beherbergt das Gebäude noch die Schüler der Priesterweg-Grundschule aus Drewitz, in deren Gebäude gerade die neue Stadtteilschule entsteht. Keine leichte Aufgabe also für die kommissarische Schulleiterin Frau Spikkermann und ihr kleines Team aus vorerst 5 KollegInnen, interessierten Eltern und ihren Kindern eine Schule vorzustellen, die es eigentlich noch gar nicht gibt. Aber das Interesse ist riesig. Über 100 Gäste quetschten sich im wahrsten Sinne des Wortes in den völlig überfüllten Raum, viele mussten dennoch auf dem Flur bleiben. Und schon jetzt lässt sich sagen: Wenn die Lehrkräfte ihr Konzept umsetzen, wird die neue Schule ein echter Gewinn für Potsdams Bildungslandschaft – mit engagierten Schülern und Pädagogen und vielen guten Ideen. So wird eine von den zunächst vier siebenten Klassen im bilingualen Unterricht Englisch starten – neben der Fremdsprache werden im ersten Jahr ein, in den Folgejahren dann auch weitere Fächer in der Fremdsprache unterrichtet. Auch die Einrichtung einer sogenannten „Laptop"-Klasse ist Teil des Schulkonzepts. In diesen Klassen wird jeder Schüler mit einem eigenen Gerät ausgestattet und der Unterricht wird gezielt genutzt, um den Kindern eine umfängliche Medienkompetenz zu vermitteln. Ob auch diese Idee schon mit dem Schulstart umgesetzt werden kann oder noch ein Jahr warten muss, hängt von den Haushaltsentscheidungen der Stadtverordneten ab. Sicher ist allerdings, die Sanierungsmaßnahmen am Schulstandort gehen ab dem kommenden Jahr weiter. Dann wird der vordere Gebäuderiegel am Falkenhorst instandgesetzt, Turnhalle und Außenanlagen könnten bis 2017 folgen. Und auch ins Stadtteilleben will sich die Schule aktiv einbringen. Erste Kooperationsvereinbarungen im Rahmen des Ganztagsbetriebs sind bereits auf den Weg gebracht, so z.B. mit dem Jugendclub im Bürgerhaus.

Auf Anhieb konnte die Schule bereits im Erstwunschverfahren 50% ihrer Plätze vergeben und legte damit einen Bilderbuchstart hin. Und aus der Anzahl der Gesamtschulwünsche ist bereits jetzt klar, dass auch die übrigen Plätze im Zweitwunschverfahren gefüllt werden und die Schule damit voll ausgelastet „ans Netz geht". Aktive Schüler und Eltern haben hier die einmalige Chance, noch ganz Vieles mitzubestimmen und sich einzubringen in das Wachsen dieses neuen Standorts. Die Schlaatzer können sich also auf interessante neue Nachbarn freuen!

Ausdauer hat sich gelohnt

Die Bauarbeiten für die neue REWE-Kaufhalle Am Schlaatz haben begonnen

Seit 2002 hat sich DIE LINKE mit sehr viel Nachdruck für eine attraktive Kaufhalle am Schlaatz eingesetzt. Zunächst ging es um die Sanierung der Halle, dann um die langfristige Sicherung ihres Standortes und damit der Nahversorgung des Stadtteils. Die Zustimmung zum Neubau einer neuen REWE-Kaufhalle am Horstweg hat die Fraktion mit der Maßgabe verbunden, im Zentrum des Wohngebiets eine akzeptable Einkaufsmöglichkeit zu erhalten bzw. zu schaffen. Es war ein langer Weg mit vielem Hin und Her, bis feststand: Es wird eine neue REWE-Kaufhalle am Schilfhof geben. DIE LINKE hat mit sehr viel Ausdauer, Konsequenz, -zig Anträgen und Anfragen und durch viele persönliche Gespräche ganz sicher dazu beigetragen.

Über 30 Schlaatzerinnen und Schlaatzer waren am 11.04.2013 der Einladung von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zu einer Informationsveranstaltung gefolgt.

Mit großer Spannung aber auch skeptisch nahmen sie die Ausführungen von REWE-Manager Dieter Rauh und Projektentwickler Daniel Egenter zu dem Bauvorhaben Neuer REWE-Markt am Schilfhof auf.

Die alte Halle war am 21.08.2009 geschlossen und Ende 2012 abgerissen worden. Trotz der Eröffnung des großen REWE-Marktes am Horstweg blieb das Interesse der Schlaatzer an „ihrer" Kaufhalle im Zentrum des Wohngebietes ungebrochen. Es gab verschiedene Ideen, was an dem Standort passieren sollte. So wurden Ende 2010 Verhandlungen mit einem Investor geführt, der die alte Halle sanieren und dann der PRO POTSDAM übergeben sollte. Neben einem Einkaufsmarkt sollte u. a. die Ausgabestelle der Tafel dort untergebracht werden.

Es geschah lange Zeit nichts am Stadtplatz.

Nun geht es für alle sichtbar tatsächlich vorwärts.

REWE lässt am alten Standort einen neuen Markt mit 1.850 m2 Nutz- und 1.350 m2 Verkaufsfläche bauen. Äußerlich wird sie der Einrichtung am Horstweg gleichen.

Der Baubeginn ist bei der Verwaltung angezeigt, die Einrichtung der Baustelle hat begonnen. Die Entscheidung, am Schlaatz einen dritten REWE-Markt zu eröffnen, hat das Unternehmen nach gründlicher Prüfung getroffen. Das, so Herr Rauh, ist auch den treuen REWE-Kunden zu verdanken und der vorhandenen Kaufkraft der Einwohner des Stadtteils. Es wird zunächst einen Mietvertrag über 15 Jahre mit der Option auf Verlängerung auf 30 Jahre geben. Ein zukunftsträchtiger Standort also.

Die Sorge, dass die Kaufhalle am Bisamkiez dann geschlossen werde, konnte Herr Rauh den Anwohnern erst einmal nehmen. Auch dieser Markt wird zunächst weiter betrieben. REWE wird die Umsätze und Kundenströme genau beobachten und dann entscheiden. Eine Garantie für den Erhalt auf Dauer gab er nicht.

Die neue Kaufhalle am Schilfhof wird auch dem Stadtplatz wieder zu neuem Leben verhelfen und ganz sicher von den Schlaatzern gut genutzt werden. Die Eröffnung ist für den Oktober dieses Jahres geplant. *-sim*

DIE LINKE im Interesse der Mehrheit

Die SPD hat sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit präsentiert... Mit wem will die SPD denn den Mindestlohn umsetzen? Mit wem will Peer Steinbrück die Förderung sozialen Wohnungsbaus wieder auf die Tagesordnung heben? Mit wem wollen sie denn für gerechte Renten sorgen? Rot-Grün, wenn es denn überhaupt für sie reichen sollte, kann das nicht. Das geht alles nur mit der LINKEN.

DIE LINKE ist die Sozialversicherung der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen und Studierenden in Deutschland... Es bedeutet: Wir versprechen alles zu unterlassen, was gegen die Interessen der Mehrheit steht und wollen alles versuchen, die Interessen der Mehrheit durchzusetzen. Das ist die Grundfrage der Demokratie.

(Nobert Müller bei seiner Wahl zum Bundestagsdirektkandidaten/gek.)

Leserpost: Jugendweihe 2013

„Am Samstag, 20.4.2013, feierte unsere Tochter gemeinsam mit vielen anderen Potsdamer Jugendlichen am ersten Tag der „Saison 2013" ihre Jugendweihe. Unser herzlicher Dank dabei gilt dem Humanistischen Verband in Potsdam und insbesondere Frau Martina Winkler. Vom ersten Kontakt vor einem Jahr zur Terminfindung bis hin zum Ausklang der Feierstunde selbst im Schlosstheater am Neuen Palais empfanden wir alle - also von der elfjährigen Schwester über den Jugendweihling selber bis hin zur 83jährigen Oma - diese Jugendweihe als ausgezeichnet organisiert und präsentiert. Das Programm verband Besinnliches und Unterhaltsames, regte zur Selbstbestimmung und Mitbestimmung im Leben und in der Gesellschaft an. Der Festrede von Kabarettistin Gretel Schulze gelang das, was sprichwörtlich ausgeschlossen scheint - es allen Zuhörern auf diese oder jene Weise „recht" getan zu haben. Beispielhaft dafür Schulzes Bild, Eltern müsse man sich wie Stützräder beim Fahrrad-Lernen vorstellen. Wir hoffen, dass solche Jugendfeiern auch weiterhin zu einem breiten und tiefen kulturellen Alltags-Leben in Potsdam beitragen können."

Familie Dr. Doris
und Prof. Dr. Sebastian Köhler

Etikett bei Lebensmitteln genau lesen

Ein Erdbeerbild auf dem Jogurtbecher bedeutet noch lange nicht, dass wirklich mehr als eine halbe Frucht drin ist. Und obwohl man bei „VITALSANA Vitamin C“ Gesundheit pur erwartet, zeigt der genaue Blick auf die Zutatenliste, dass das Pülverchen zur Hälfte aus Zucker besteht. Solche Täuschungen entlarvt die Internet-Plattform www.lebensmittelklarheit.de[http://www.lebensmittelklarheit.de] der Verbraucherzentralen, die das Bundesverbraucherschutzministerium seit 2011 finanziert. Mehr als 7.000 Beschwerden sind hier inzwischen eingegangen, außerdem gibt's Umfragen und aktuelle Informationen wie diese:

Die Werbung „lernstark“ auf dem Saft der Firma Rotbäckchen ist unzulässig.Der Hinweis „ohne Kristallzucker“ auf einem Getränk ist unzulässig, wenn das Produkt mit „Traubensüße“ gesüßt worden ist.In verarbeiteten Lebensmitteln mit Eiern wünschen sich Verbraucher Angaben zur Haltungsform der Legehennen.Cranberry-Berries „mit natürlichem Fruchtsaft“ mahnte der vzbv erfolgreich ab, denn von Cranberries fehlte jede Spur.Die Werbung „Shot for Slim“ als Wunder-Abnehm-Drink wurde ebenfalls wegen grober Verbrauchertäuschung erfolgreich abgemahnt.Artgerechte Tierhaltung ist den Kunden beim Einkauf wichtiger als der Preis, zeigt eine Verbraucherbefragung im Auftrag des BMELV.„Eiweißbrote“ sind schon fast Standard, aber beim Abnehmen helfen sie nicht, wie oft behauptet wird.

(Quelle: www.lebensmittelklarheit.de)

„Potsdam bekennt Farbe“ gegen braune Parolen



Unter dem Motto „Einmal Brandenburg und zurück. Asyl ist kein Selbstbedienungsladen!“ hatte die rechtsextreme NPD (Kreisverband Havel-Nuthe) für Sonnabend, den 13. April, ab 9.30 Uhr zu einer Kundgebung am Magnus-Zeller-Platz, in unmittelbarer Nähe zum Wohnheim für Migrant/innen, aufgerufen. Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“führte eine Kundgebung mit Infostand an der Tram-Haltestelle Magnus-Zeller-Platz ab 8.30 Uhr durch.

Mit bunten Pfeifen gegen braune Parolen: Rund 200 Gegendemonstranten haben in Potsdam-Schlaatz gegen eine Veranstaltung der NPD protestiert. Auf der anderen Seite standen 15 Rechtsextreme, dazwischen etwa 60 Polizisten. Von den ausländerfeindlichen Parolen war wenig zu hören, weil die Pfiffe und Buh-Rufe lauter waren.

Die Waldstadt I wird 50...

... und mit ihr die Waldstadt-Grundschule in der Friedrich-Wolf-Straße. Zu diesem Anlass wird es ein großes Fest geben - in und um die Schule und für das ganze Wohngebiet. Am 7. September 2013 ab 10.00 Uhr erwartet die Schule ihre Gäste. Seit Monaten sind Schüler, Lehrer und Eltern mit den Vorbereitungen befasst und arbeiten engagiert an Programm und Ausgestaltung dieses Ereignisses. So wurden Zeitzeugen befragt und viele spannende Dokumente aus den letzten fünf Jahrzehnten zusammengetragen. Viele Attraktionen von Hüpfburg, Torwandschießen, Großspielgeräten, Vorführungen von Polizei und Feuerwehr bis hin zum Ponyreiten erwarten die Besucher am Festtag auf dem Gelände. Natürlich wird auch für das leibliche Wohl der Festgäste gesorgt. Grill, Kaffee und Kuchen, Brot aus dem schuleigenen Holzbackofen sind nur einige der kulinarischen Verlockungen. Da zum runden Geburtstag der Waldstadt leider keine anderen Aktivitäten geplant sind, lädt die Schule alle Waldstädterinnen und Waldstädter herzlich ein, an diesem Tag gemeinsam zu feiern. Das Schulfest soll ein Wohngebietsfest für die ganze Waldstadt werden. Seien auch Sie dabei!

Da die Schule das Fest aus eigener Kraft organisiert, freut sie sich natürlich über jede Unterstützung. Bierwagen, Grills und Kuchenstände müssen besetzt werden, der Auf- und Abbau erfordert viele fleissige Hände. Preise für die Tombola werden ebenso noch benötigt, wie Sponsoren und ein Fleischer, der Grillfleisch auf Kommissionsbasis zur Verfügung stellen würde.

Stefan Wollenberg, Vors. Schulkonferenz



Nachgeholt: Fontaneschule bekommt „neues Kleid“

Mehrfach verschoben wurde die Fassadensanierung der Fontane-Oberschule zugunsten anderer Sanierungsobjekte, zuletzt für den Erweiterungsbau der Lenné-Gesamtschule im Zentrum-Ost. Nun ist es endlich soweit - und die Schule bekommt ihr neues „Kleid“ - nach zähem Ringen im Bildungsausschuss auch in der von Schülern und Lehrern erarbeiteten Gestaltungsvariante.

Bürger diskutierten Steuererhöhung

„Das wichtigste Element in einer funktionierenden Demokratie ist die Beteiligung der Bürger.“ So war es in der MAZ vom 10.4.13 zu lesen, und genau an diesem Abend realisierten die Bewohner der Eigenheimsiedlung Potsdam diese Form demokratischer Teilhabe. Sie trafen sich zu einer Diskussionsrunde über die von der Verwaltung Potsdams im sogenannten „Zukunftsprogramm 2017“ geplanten Erhöhung der Grundsteuer B .Der Ortsverband Süd der LINKEN hatte dazu eingeladen, und rund 30 Teilnehmer diskutierten mit den Stadtverordneten Peter Kaminski, DIE LINKE, Dr. Hagen Wegewitz, SPD, und Jutta Busch, Bürgerbündnis, wichtige Fragen der Potsdamer Stadtpolitik, die mit dem Haushalt 2013/14 beschlossen werden sollen. Peter Kaminski erläuterte Grundsätzliches zur Grundsteuer, die neben der Gewerbesteuer die wichtigste Steuereinnahme der Kommune ist und die nach gesetzlichem Modus errechnet wird. Den Hebesatz jedoch kann jede Gemeinde individuell festlegen. Bereits bei der letzten Anhebung dieses Hebesatzes 2006 von 490 auf 493% (jetzt sind 550% geplant!) hatten die Einwohner der historisch gewachsenen Eigenheimsiedlung (nach Plänen von Adolf Damaschke in den 20er Jahren entstanden) protestiert und sich bis an den Bundesfinanzhof gewandt. Seit Jahren wird nämlich darüber diskutiert, die Grundsteuer zu reformieren und eine zeitgemäße, sozial ausgewogene und zukunftsorientierte Steuer zu erheben. Unsere Mitbürger zeigten sich also gut informiert und interessiert und waren auch aus diesem Grund nicht sonderlich überrascht, als Dr. Wegewitz bekannt gab, dass die Rathauskooperation aus SPD, CDU und Bündnis 90/ Grüne den Verwaltungsvorschlag „Anhebung der Hebesätze Grundsteuer B (Produkt 61102)“ vorläufig auf Eis zu legen plant. Es ergibt sich natürlich die Frage, warum dann im sogenannten “Zukunftsprogramm“ formuliert wird, “dass die Satzung mit Wirkung für 2015 geändert werden kann und somit ab 2015 der volle Haushaltseffekt eintreten wird“(S.24).

Fazit: Die Gesprächsrunde mit Vertretern unterschiedlicher Fraktionen war für alle Beteiligten sehr nützlich. Sie bewies: Diskussion und Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind in unserer Kommune möglich, man muss nur teilhaben wollen!

Dr. Drohla

PORTA spendete für die Suppenküche

Hans-Jürgen Scharfenberg und die Fraktion der LINKEN sind regelmäßig zu Gast in der Suppenküche der Volkssolidarität, für die auf dem Rathausgelände ein Container-Haus eingerichtet ist – nicht, um vom für 2 Euro erhältlichen Mittagessen zu probieren, sondern, um sich zu informieren und ihre Hilfe anzubieten. Und da war es für Bernd Maaß, einen der vielen Ehrenamtler der Volkssolidarität, die sich um die tägliche Essenversorgung mit kostenlosem Frühstück und vollwertigem Mittagessen sowie die Kleiderkammer kümmern, keine Hürde, den LINKEN Fraktionschef beim traditionellen sommerlichen Grillfest im vorigen Jahr anzusprechen und ihm die Situation in der Küche zu zeigen. „Die Kücheneinrichtung bestand aus vielen einzelnen Spenden, über die wir glücklich waren, aber die für durchschnittlich 60 Essen am Tag, nicht mehr geeignet war", erzählt er. Er erinnerte sich an die guten Beziehungen Scharfenbergs zu PORTA. Und PORTA-Chef Jens Buskies hatte ein offenes Ohr für die gute Sache, die Hans-Jürgen Scharfenberg an ihn herantrug.



Zur Weihnachtsfeier konnte Scharfenberg die Botschaft überbringen, dass die neue Küche kommen wird, und er brachte schon mal einen Kaffeeautomaten als Geschenk der LINKEN mit. Jens Buskies schickte seinen Restaurantleiter zur Suppenküche, und so wurde gemeinsam die Kücheneinrichtung den Bedürfnissen entsprechend bestimmt: Elektroherd mit sechs Platten und Bratröhre, Abzugshaube, Warmhaltebecken, Abwaschtisch – alles in Edelstahl, Gesamtwert 11.662 Euro.

Besonders zu schätzen weiß das Thomas Horn, der ausgebildete Chefkoch und Küchenleiter, der nun noch besser als bisher die aus Lebensmittelspenden zubereiteten Gerichte anbieten kann.

„Es wäre zu wünschen, dass wir solche Einrichtungen nicht benötigen", sagte Hans-Jürgen Scharfenberg bei der feierlichen Übergabe, „aber leider brauchen wir sie". Und er dankte der Besatzung der Suppenküche für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit und PORTA für die „sinnvolle Investition". Kostenlos trug auch die Stadt mit der Verlegung der elektrischen und Wasserleitungen zur neuen Küche bei.

BGH erlaubt Kürzung der Betriebskostenvorauszahlungen

Mieter können die laufenden Betriebskostenvorauszahlungen kürzen, wenn sie die fehlerhafte Abrechnung des Vermieters selbst korrigiert und ein Guthaben zu ihren Gunsten errechnet haben. Mit seinem Urteil stärkte der Bundesgerichtshof die Rechte der Mieter (BGH VIII ZR 184/12).

Allerdings dürfen Vermieter nach einem anderen BGH-Urteil von 2012 fiktive Kosten mit der Betriebskostenabrechnung auf die Mieter umlegen (BGH VIII ZR 41/12). Im entschiedenen Fall hatte ein Vermieter Kosten eingestellt, die ihm entstanden wären, wenn er ein Fremdunternehmen mit den Hausmeister- und Gartenpflegearbeiten beauftragt hätte. Der BGH hält dies für ausreichend und zieht die Parallele zu dem Fall, dass der Vermieter selbst Hausmeister- und Gartenpflegearbeiten erledigt – auch dann könnte er fiktive Kosten eines Drittunternehmens abrechnen.

Wenn Mieter die Miete unberechtigt kürzen, darf der Vermieter ihnen laut BGH fristlos kündigen. Das gilt auch, wenn die Kürzung irrtümlich mit erfolgt, weil sie sich über die Ursachen eines Mangels irren (BGH VIII ZR 138/11).

(Quelle: DMB)

Kindertag im Filmpark Babelsberg am 1. Juni 2013

Am Samstag, 1. Juni, feiert der Filmpark Babelsberg traditionell das Kinderfest. Pünktlich mit Parköffnung um 10.00 Uhr geht es rund! Die Kids stehen im Rampenlicht und viele tolle Erlebnisse sind garantiert. Viele Gäste, u.a. die Abrafaxe aus dem Comic-Magazin MOSAIK, sind dabei! Das komplette Filmpark-Programm mit vier Live-Shows und über 20 Attraktionen wird durch zusätzlich Mitmach- und Backstage-Aktionen erweitert.

Im Atelier der Traumwerker geben Kunstmaler, Stuckateure, Kostüm- und Maskenbildner den exklusiven Einblick in ihre Arbeit und zeigen, wie perfekte Illusionen entstehen.

Während einmaliger Shows zeigen Stuntmen, Pyrotechniker und Filmtiertrainer ihr Können.

In der TV-Show im Fernsehstudio 1 können die Zuschauer selbst im Rampenlicht stehen: als Wetterfee oder Lichtdouble. In der Making-Off Show zum Kinofilm „DIE DREI MUSKETIERE IN 3D" – ebenfalls eine original Filmkulisse – wird der Besucher Teil der Inszenierung.

Das weltweit erste interaktive XD-Erlebniskino im Dome of Babelsberg und das 4D-Actionkino sorgen für temporeichen Nervenkitzel.



Perspektivisch fahrscheinloser ÖPNV

DIE LINKE unterstützt die Idee, den fahrscheinlosen ÖPNV in Potsdam perspektivisch ins Auge zu fassen. Die hier aktiven Parteien: Die Andere, Piraten, Grüne und LINKE sollten dieses Thema gemeinsam in den Bürgerhaushalt bringen und gemeinsam dafür werben. Die Vorteile eines fahrscheinfreien ÖPNV liegen auf der Hand: Mehr Lebensqualität durch weniger autobedingte Beeinträchtigungen, d.h. u.a. saubere Luft und weniger Lärm, eine preiswertere Mobilität, eine Stärkung der Umsätze im innerstädtischen Einzelhandel. Fakt ist aber auch: Den fahrscheinfreien ÖPNV gibt es nicht zum Nulltarif. Es geht um alternative Finanzierungswege. Darüber gehört diskutiert. So sollten z.B. auch Touristen über die „Potsdam & Berlin Card" an der Finanzierung der Busse und Bahnen beteiligt werden. Eine repräsentative Bürgerbefragung der Stadt sollte initiiert werden, um herausfinden, unter welchen Bedingungen ein fahrscheinfreier ÖPNV für alle Potsdamerinnen, Potsdamer und Gäste der Stadt akzeptabel wäre. Wer weiß, womöglich brächte das Ergebnis die Potsdamer Politik und Verkehrsplanung zum Nachdenken. Derzeit zahlt der Nutzer des ÖPNV - verglichen mit den Gesamtkosten des VIP – nur einen relativ geringen Anteil am Gesamtkuchen des VIP. Der „Rest" wird über Zuschüsse der Stadt Potsdam und Quersubventionierung durch die SWP getragen. D.h. schon heute zahlen so gut wie alle Potsdamer den Hauptteil der Kosten des städtischen ÖPNV über direkte oder indirekte Steuern bzw. Betriebskosten und Energiepreise. Das heißt, dass Nutzer des ÖPNV de facto gleich mehrfach zur Kasse gebeten werden: Einerseits über ihren „Anteil" durch Subventionierung des VIP, andererseits über die Ticketkosten und zum Dritten über ihre Steuern, die in Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau und -unterhalt fließen. Dies könnte man durchaus als ungerecht betrachten. Gerade diejenigen Bürger, die sich ökologisch vorteilhaft verhalten, werden mit zusätzlichen Ticketkosten „bestraft". Als wesentliches Element der kommunalen Daseinsvorsorge sollte deshalb auch der ÖPNV von allen Potsdamern gleichermaßen getragen werden. Ein sozialer Ausgleich für bedürftige Bürger müsste hierbei eingepreist sein. Dies sollte in Form einer ökologischen Nahverkehrsabgabe erfolgen. Wir sollten uns hier keine Denkverbote auflegen, denn es geht um eine lebenswerte Stadt für alle.

„Mehr Demokratie wagen!"

Kornelia Wehlan war die Siegerin der ersten Landratswahl-Runde in Teltow-Fläming am 24. März 2013. Fast 15.000 Wählerinnen und Wähler stimmten für sie, und sie war somit Favoritin für die Stichwahl am 14. April 2013. „Hier vor Ort ist Heimat, für die ich einstehe", unterstrich „Konni" Wehlan gegenüber der Presse zu ihren Zielen als Landrätin. Kurzum: Kornelia Wehlan ist der Region Teltow-Fläming und besonders den Problemen der hier lebenden Menschen eng verbunden. Ein Grund wohl auch für Bündnis 90/Die Grünen des Kreises. Sie unterstützten die Wahl von Kornelia Wehlan zur Landrätin in Teltow-Fläming. Der Kreisverband der Partei rief dazu auf, die Kandidatin der LINKEN zu wählen, denn „es gibt keine Zweifel an der Integrität und politischen Erfahrung von Kornelia Wehlan", heißt es in einer Erklärung vom 6. April. Der bündnisgrüne Kandidat Dr. Gerhard Kalinka hatte bei der ersten Runde der Landratswahl immerhin 10,3 Prozent der Stimmen erreicht. „Der Wahl des Landrates oder der Landrätin durch die Bevölkerung ist auf jeden Fall einer Wahl mit machtpolitischen Absprachen im Kreistag vorzuziehen", so die bündnisgrüne Kreisvorsitzende Ruth Wagner.

Am Sonnabend, 13. April, fand im Kreis Teltow-Flämimg vielerorts der Wahlkampfendspurt statt. Als Wahlhelfer wirkten in Ludwigsfelde auch Mitglieder des Ortsverbands Potsdam-Süd.DIE LINKE.

Die Wahlergebnisse der Stichwahl stehen fest: Kornelia Wehlan holte zwar mit Abstand die meisten Stimmen: 66,2 Prozent. Das waren 20.154 Stimmen. Diese reichten



jedoch nicht für das vorgeschriebene Quorum von 20.695 Stimmen. Voraussichtlich im September wird nun jedoch der Kreistag einen neuen Landrat wählen.

Zu den die Direktwahl betreffenden Äußerungen des Generalsekretärs der SPD Brandenburg Klaus Ness, erklärten die LINKE-Kreisvorsitzenden aus dem Barnim und Potsdam, Sebastian Walter und Sascha Krämer: "541 Stimmen fehlten Kornelia Wehlan zur Direktwahl als Landrätin in Teltow-Fläming. Das ist jenseits von Parteipolitik bitter und kein guter Tag für die Direkte Demokratie in Brandenburg. Umso unverständlicher sind für uns die Forderungen aus Teilen der SPD zur Abschaffung der Direktwahl. Ja, wir brauchen eine Diskussion darüber, wie wir mehr Menschen zur Wahl auch bei Landratswahlen motivieren können. Eine Abschaffung ist jedoch der falsche Weg. Direktwahlen eines Landrates führen dazu, dass die Landräte direkt gegenüber dem Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen und sich für eine erlebbare, bürgernahe und transparente Politik einsetzen müssen. Wieso wählen wir direkt einen Oberbürgermeister in Potsdam – der ca. 160.000 Menschen verwaltet – jedoch die Direktwahl der Landräte soll abgeschafft werden? Das ist unlogisch. Es handelt sich um eine Grundsatzfrage unserer kommunalen Verfasstheit, nämlich um einen Schritt zum Ausbau von Bürgerbeteiligung, um einen Schritt zu mehr Demokratie. Jedes Stück direkter Demokratie muss erhalten bleiben. Es ist nicht hausgemacht, dass sich Menschen für eine Wahl nicht interessieren. Auch die SPD mit Klaus Ness weiß, wie wichtig ein Landrat und ein weiterer Ausbau der direkten Demokratie sind. Das Problem geringer Wahlbeteiligung wird durch eine Abschaffung einer Wahl sicher nicht gelöst und wäre ein Rückschritt für das Land Brandenburg. Wir meinen, wir sollten gemeinsam mehr Demokratie wagen, mehr Vertrauen in den Bürger setzen und damit das Vertrauen in Demokratie gerade auf der kommunalen Ebene stärken. Mit der Direktwahl des Landrates werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, die Legitimation des Landrates und damit auch dessen unmittelbare Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft gestärkt."

Für Scholle 51 auf der Suche nach einer passenden Bleibe

Schon im Dezember war es raus: Scholle 51 – das Projekt des Kunstvereins Scholle 51 e.V. – darf seine Räumlichkeiten nicht mehr weiter nutzen. Die Kündigung lag auf dem Tisch. Nun ging es darum, schnell Ersatz zu finden, und das ist in Potsdam West und für einen Träger eines Vereins gar nicht so einfach. Die Fraktion DIE LINKE hatte darauf hin einen Antrag in der SVV gestellt, der den Oberbürgermeister beauftragte, mit den Möglichkeiten der Stadtverwaltung Unterstützung zu gewähren, denn kommunale Hilfe ist hier dringend angesagt. Auch Mitglieder aus unserer Fraktion und aus dem Kulturausschuss beteiligten sich mit Vorschlägen und Ideen, wie dieses Problem gelöst werden kann. Klar ist allen, dieses kreative und beliebte Kunstprojekt soll erhalten bleiben, in erster Linie für Künstlerinnen und Künstler und auch für all die, die die offene Präsentation und die Angebote des Kunstvereins schätzen. Wir finden, das ist in Potsdam-West genau richtig!

Der Antrag wurde also beschlossen, und der Kommunale Immobilienservice und auch die Städtischen Gesellschaften sollen angesprochen werden, um zügig eine Ausweichvariante zu finden. Im März wurde von der Stadtverwaltung ein Zwischenbericht gegeben, der in schriftlicher Form als Drucksache vorliegt. Leider ist daraus nur zu entnehmen, dass ein Treffen stattgefunden hat, in dem „grundsätzliche Fragen bezüglich der benötigten Räume und die Möglichkeiten des KIS erörtert wurden". Die Gespräche sollen fortgesetzt werden. Darauf setzen wir ebenso wie die Beteiligten.



Ich wähle die optimistische Variante und sage, das Glas ist halb voll. Deshalb betrachten wir diese Mitteilung als Beginn eines Weges. Es ist sicher sinnvoll, wenn andere Akteure in die Überlegungen einbezogen werden. Dazu zählen wir auch die PRO POTSDAM.

Das kulturelle Netzwerk in Potsdam-West mit seinem Koordinator Herrn Zeller hat sich in dieser Sache sehr engagiert. Die LINKE möchte auch, dass Scholle 51 möglichst im Stadtteil bleibt. Aber wichtig wäre, die Ateliers blieben überhaupt in der Stadt Potsdam. Im Zuge der Diskussion zu den Potsdamer kulturpolitischen Leitlinien sollten den sogenannten Kreativen in der Stadt ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Andere Städte machen es uns vor.

Der Verein feierte kürzlich mit einer Party SCHOLLE TO GO seinen Abschied und hoffentlich seine Wiederkehr.

Dr. Karin Schröter

Befreiung und Sieg

Gedanken zum 8. Mai 1945/Von Bernd Martin



Als in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hatten, war ein verbrecherisches System zerschlagen worden, dessen Weltherrschaftspläne, Herrschaftspraxis und Rassenwahn die menschliche Zivilisation generell in Frage gestellt hatten.

Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges ist eine Bilanz des Schreckens. Mehr als 60 Millionen Menschen starben bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, Massenvernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen. Die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug die Sowjetunion. Sie hatte den entscheidenden Anteil am Sieg. Die Ostfront war die Hauptfront des Zweiten Weltkrieges. Lange bevor endlich die zweite Front eröffnet wurde, hatten sowjetische Soldaten den Feind vor Moskau gestoppt, in Stalingrad und im Kursker Bogen die Wende des Krieges erzwungen.

Der Preis für diese Leistung war hoch. Über elf Millionen sowjetische Soldaten ließen dafür an der Front ihr Leben. Mehr als 13 Millionen Zivilpersonen wurden getötet oder starben unter den unmittelbaren Kriegseinwirkungen. Belorussland verlor ein Viertel seiner Einwohner. In Städten wie Leningrad, Smolensk oder Pskow überlebten ein Drittel der Einwohner die Kampfhandlungen nicht. Der deutsche Aggressor hinterließ eine Spur der „verbrannten Erde": 1.710 Städte und 70.000 Dörfer, 31.800 Industriebetriebe, 13.000 Brücken und 65.000 Kilometer Eisenbahnnetz zerstört, gesprengt oder niedergebrannt.

Der Krieg war im April 1945 an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Der 8. Mai 1945 markiert das Ende der nazistischen Diktatur. Mit ihm endete die systematische Vernichtungspolitik der Nazis. Für Millionen von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern, Widerstandskämpfern, Sinti und Roma, politischen Gegnern und sonstigen „Feinden" war die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung. Fur die Völker Europas bedeutete das Kriegsende ohne Zweifel die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Und es gilt für alle Überlebenden: Sie waren befreit von den Schrecken des Krieges. Sie waren befreit von der Rolle, die sie als Gefolgschaft eines mörderischen Regimes gespielt hatten. Sie waren befreit von der Möglichkeit einer schandbaren Perspektive als Sklavenhalter Europas.

Obwohl das besiegte Deutschland bereits am Abend des 8. Mai 1945 gegenüber den Truppen der Sowjetunion kapitulierte, wurde die Siegesmeldung erst einige Stunden später, um 2.10 Uhr morgens über Radio Moskau bekannt gegeben. Zusammen mit der Meldung von der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches erklärte das Präsidium des Obersten Sowjets den 9. Mai zum landesweiten Feiertag zu Ehren des Sieges über Nazideutschland. Seitdem wird der 9. Mai in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion als „Tag des Sieges" gefeiert.

Поздравляем с Победой,
дорогие друзья,
– herzlichen Glückwunsch
zum Sieg, liebe Freunde!

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Jewgeni Jewtuschenko (1961)

Meinst du, die Russen wollen Krieg?
Befrag die Stille, die da schwieg
im weiten Feld, im Pappelhain,
Befrag die Birken an dem Rain.
Dort, wo er liegt in seinem Grab,
den russischen Soldaten frag!
Sein Sohn dir drauf Antwort gibt:
Meinst du, die Russen woll'n ... Krieg?

Nicht nur fürs eig'ne Vaterland
fiel der Soldat im Weltenbrand.
Nein, daß auf Erden jedermann
in Ruhe schlafen gehen kann.
Holt euch bei jenem Kämpfer Rat,
der siegend an die Elbe trat,
was tief in unsren Herzen blieb:
Meinst du, die Russen woll'n ... Krieg?

Der Kampf hat uns nicht schwach geseh'n,
doch nie mehr möge es gescheh'n,
daß Menschenblut, so rot und heiß,
der bitt'ren Erde werd' zum Preis.
Frag Mütter, die seit damals grau,
befrag doch bitte meine Frau.
Die Antwort in der Frage liegt:
Meinst du, die Russen woll'n ... Krieg?

Es weiß, wer schmiedet und wer webt,
es weiß, wer ackert und wer sät -
ein jedes Volk die Wahrheit sieht:
Meinst du, die Russen woll'n ... Krieg?

Jewgenij Jewtuschenko schrieb das Gedicht „Meinst du, die Russen wollen Krieg?", das für mich bis heute eines der eindrucksvollsten Antikriegsgedichte geblieben ist. Es scheint mir eng verwandt mit den Zeilen Bechers aus der Nationalhymne der DDR: „...dass nie wieder eine Mutter ihren Sohn beweint" und den Zeilen Brechts aus seiner Kinderhymne: „...dass ein gutes Deutschland blühe, wie ein anderes gutes Land..." Während Millionen Menschen auf dieser Erde hungern oder verhungern, ist Deutschland wieder am Krieg beteiligt und lügt sich Begründungen für Gewalteinsätze zurecht. (Kriegs-)Nobelpreisträger Obama wirft noch mehr Soldaten in den Kampf, die dann irgendwann nach Hause kommen sollen. Einige von ihnen werden die Rückreise in Särgen antreten. Andere werden mit psychischen und physischen Schäden kaum wieder zu erkennen sein. Von ihren Opfern werden wir wenig erfahren.

Bernd Martin

„Dort wo man Bücher verbrennt..."

Zentral organisiert vom „Hauptamt für Presse und Propaganda der Deutschen Studentenschaft" wurde in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1933, vor 80 Jahren, in ganz Deutschland „undeutsches Schrifttum" öffentlich verbrannt, auf Scheiterhaufen - angefacht von Universitäts-Rektoren, Professoren, Studenten und nationalsozialistischen Organen. Vorausgegangen war eine „Säuberung" öffentlicher und privater Bibliotheken durch SA, Polizei und mit Hilfe von Studenten, bei der auf „Schwarzen Listen" erfasste Werke beschlagnahmt wurden. Allein in Berlin wurden am 10. Mai 20.000 Bücher verbrannt, insgesamt wurden bis Ende Mai 1933 rund 10.000 Zentner Literatur beschlagnahmt. Mehr als 3.000 Werke waren verboten, mehr als 250 Autoren flohen, es folgte ein Exodus deutscher Schriftsteller und Künstler in ungeahntem Ausmaß. Verbrennungen fanden in Berlin, Bonn, Braunschweig, Bremen, Breslau, Dortmund, Dresden, Erlangen, Frankfurt/Main, Göttingen, Greifswald, Hannover, Hannoversch-Münden, Kiel, Königsberg, Marburg, München, Münster, Nürnberg, Rostock, Worms, Würzburg und zahlreichen anderen Städten statt. Vorher, als am 28. Februar 1933 der Reichstag brannte, wurde bereits die Pressefreiheit aufgehoben, alle Zeitungen gleichgeschaltet.

-bm

„Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen"

(Heinrich Heine, Almansur, 1823)

Antifaschistische Bibliothek im „freiLand"

Eröffnung der antifaschistischen Bibliothek im „freiLand" Potsdam am 10.05.2013 anlässlich des 80. Jahrestags der Bücherverbrennung.

Beginn 19.00 Uhr im Café mit folgendem Ablauf:

- Warum die Antifa-Bibliothek des Vereins zur Sammlung antifaschistischer Biografien im „freiLand" Potsdam den Namen von „Fritz Teppich" trägt - Helmut Teppich erzählt über seinen Vater.
- „Journalist in zwei Welten" – Bernd Martin erzählt aus seiner Arbeit VOR der „Wende" in der DDR sowie als Korrespondent in der Sowjetunion, Norwegen, Bonn und nach der „Wende" im Land Brandenburg, in Russland, Sri Lanka, Syrien und anderen Ländern.
- Kurzbesichtigung der kleinen Bibliothek.

Himmelfahrt – nicht nur für wandernde Müller!



Wie das Wetter am 9.Mai, dem Himmelfahrtstag, werden wird, wissen wir nicht. Dafür aber ist sicher, dass der inzwischen gut gebuchte Bus für den Wanderausflug ins Nuthe-Nieplitz-Gebiet um 9.00 Uhr vom Hauptbahnhof Potsdam aus starten wird. Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE hat eingeladen und alles bestens vorbereitet, so dass aus gutem Grund an dieses gesellige Naturerlebnis erinnert werden soll.

Wer sich die ca. 4 Wanderkilometer von Stücken aus zur Kulturscheune in Kähnsdorf zutraut und eine gemütliche Mittagsrunde in der Heimvolkshochschule am Seddiner See genießen möchte, kann sich auch jetzt noch anmelden(Fam. Drohla- 0331/87 29 33 oder KV der LINKEN – 0331/58 39 24 44). Dass wir die Schönheit der maigrünen Landschaft genießen wollen, aber auch, dass wir gegen 15.00 Uhr in Potsdam zurück sind, war in der vorigen Ausgabe dieser Zeitung schon angekündigt.

Wir freuen uns auf Euch!
Dr. Rudolf und Hella Drohla

Noch 123 Tage bis zum 24. Sommerfest der Linken



Am 24.08.2013 beginnt das Sommerfest um 11 Uhr mit der Begrüßung des Kreisvorsitzenden. Es folgen verschiedene politische Gespräche und Plattformen, die im Wechsel mit kulturellen Darbietungen einen kurzweiligen Tag versprechen. Neben den traditionellen Gesprächen auf dem Bühnenpodium, werden auch neue Formate in einem Zelt präsentiert. Verschiedene Stände befreundeter Organisationen und Gewerbetreibender laden zu Gesprächen und Information und unsere Tombola lockt mit tollen Preisen. Das abwechslungsreiche kulturelle Programm wird und durch den Tag begleiten und lädt ein, das eine oder andere Mal das Tanzbein zu schwingen. Um 13:00 Uhr wird offiziell die Familienwiese eröffnet. Genaueres dazu erfahrt Ihr in der nächsten Ausgabe der PAS. Wir bitten darum, dass Ihr Euch zahlreich in den jetzt ausliegenden HelferInnenlisten bei den Ortsverbandstreffen und Basisorganisationen eintragt. Neben den HelferInnen für Auf- und Abbau suchen wir auch fleißige Kuchenbäcker und Hilfe beim Ausschank unserer Getränke.



Matthias Lack KV

8. Kinderfest Am Stern – vor dem Bürgerhaus „SternZeichen“

Gemeinsam mit Partnern aus dem Lokalen Familienbündnis Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld, feiern wir am 31. Mai 2013 von 15.00 – 17.00 Uhr bereits unser 8. Kinderfest Am Stern. Schirmherr und Einladender ist der Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Neben Kuchenbasar und Bratwurststand kann gebastelt, gespielt, geknobelt und gemalt werden. Das Eltern-Kind-Zentrum Am Stern, der Kindertreff des STIBB e.V., der Demokratische Frauenbund, erstmals der Club 18 und der Ortsverband DIE LINKE, freuen sich auf zahlreiche kleine und groß werdende Besucher.

Weitere interessierte Mitmacher können sich im Bürgerbüro von Dr. Scharfenberg gern melden (0331/6005069 oder wkbscharfenberg@aol.com).

Sudoku

				5				
		9	4					
8	3	7			2	6		
7	2							3
		4	2		3	1		
5							8	4
		2	5			8	1	9
					7	4		
				9				

Auflösung April

7	8	5	1	3	4	2	6	9
4	6	1	5	2	9	3	7	8
3	9	2	7	6	8	5	4	1
9	3	6	2	7	1	8	5	4
2	7	8	9	4	5	1	3	6
5	1	4	6	8	3	9	2	7
1	2	3	4	9	7	6	8	5
6	4	9	8	5	2	7	1	3
8	5	7	3	1	6	4	9	2

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Donnerstag, 02.05.2013: 18.00 – 20.00 Uhr:
Medien im Fall Syrien: Aufklärend, vertuschend, anfachend? Mit Botschafter a.D. Wolfgang Grabowski (früherer DDR-Botschafter in Syrien); Moderation: Dr. Frank Schubert **

Montag, 06.05.2013, 14.30 Uhr:
„Phantastische Tierwelt - der Lebenskampf im Regenwald“ - eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 07.05.2013, 14.00 Uhr:
„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. *

Mittwoch, 08.05.2013, 17.00 Uhr:
Gedenken zum Tag der Befreiung am sowjetischen Ehrenmal am Bassinplatz

Sonntag, 12.05.2013, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgertreff Waldstadt II (BIWA) Saarmunder Straße 44 / Waldstadt II

Montag, 13.05.2013, 14.30 Uhr:
„Schlösser der Loire“ - Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Dienstag, 14.05.2013, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Dienstag, 14.05.2013, 18.30 – 20.30 Uhr:
GEH DOCH RÜBER! Feinste Beobachtungen aus Ost und West. Lesung & Buchvorstellung mit Jan Korte (MdB DIE LINKE) im Gespräch mit Dr. Detlef Nakath (Geschäftsführer der RLS Brandenburg) **

Freitag, 17.05.2013, 08.00 – 12.00 Uhr:
Ausgabe Rathausreport Nr. 4/2013, Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Freitag, 17.05.2013, ab 14.00 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Sonnabend, 18.05.2013, ab 09.30 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Donnerstag, 23.05.2013, 18.00 – 20.00 Uhr:
Anmerkungen zur Geschichte der Blockpolitik in Brandenburg 1945 bis 1949. Mit Prof. Dr. Manfred Bogisch (Bad Freienwalde); Moderation: Prof. Dr. Siegfried Prokop (Bernau) **

Donnerstag, 25.05.2013, 17.00 – 20.00 Uhr:
„ErSieEs – Und wo bleib ich? – Mein Geschlecht bestimme ich!“ Bildungsseminar zur Lebenssituation von Transsexuellen Menschen und der Wirkung des TransSexuellenGesetzes (TSG). Studentisches Kulturzentrum KuZe, Potsdam. Mit Katharina Specht und Harald Petzold **

Sonnabend, 25.05.2013, 14.00 Uhr:
„Klassische Irische Folklore im Konzert. Livekonzert der besonderen Art mit dem Duo „Turlough“. *

Montag, 27.05.2013, 14.00 Uhr:
„Schottland und Süd-West-England“ - eine Reise mit Dr. Stephan Worseck und seiner Familie. *

Dienstag, 28.05.2013, 14.30 Uhr:
Im Gespräch mit dem Stadtverordneten Pete Heuer - „Ägypten - das Land der Pharaonen“ und „Politik für unseren Alltag“. *

Dienstag, 28.05.2013,
Seminar „Entwicklung des Neonazismus im Land Brandenburg“ in der Jugendherberge Potsdam, Schulstr.9 (Babelsberg).

Dienstag, 28.05.2013, 18.00 Uhr:
Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten. Mit Buchvorstellung mit Prof. Dr. Mario Keßler (Jg. 1955, Historiker am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Moderation: Prof. Dr. Theodor Bergmann (Stuttgart). **

Mittwoch, 29.05.2013, 18.00 Uhr:
Der 100-jährige Krieg um Israel. Mit Prof. Dr. Theodor Bergmann, Jg. 1916, lebt in Stuttgart, ist Agrarökonom und Autor zahlreicher Bücher zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Er lebte von 1933 bis 1936 in Palästina. **

Freitag, 31.05.2013, 19.00 Uhr:
Mia Pittroff mit „Mein Laminat, die Sabine und ich“, Regie Anny Hartmann, im Bürgerhaus „Stern*Zeichen“, Galileistr. 37-39.

Sonnabend, 01.06.2013:
Kinderfest anlässlich des Kindertages - Ort: Weberplatz in Babelsberg

---

** Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Zentrum Ost, Edisonallee.*

*** Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam, Dortustr. 53*